

Tätigkeitsbericht der Vorsitzenden der VhV

(erstattet auf der Mitgliederversammlung am 11.03.2011 in Gießen)

Die Vorsitzende berichtet über die Aktivitäten der VhV im vergangenen Jahr, insbesondere über die bewegte Zeit mit KuK und die Diskussionen um die Schließung eines oder mehrerer Verwaltungsgerichte. In diesem Zusammenhang hatte sich der Vorstand der VhV u.a. mit den im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen in Verbindung gesetzt und um Gesprächstermine gebeten. Bei den Gesprächen mit den Fraktionen der Linken, Grünen und der SPD sei man auf Verständnis gestoßen. In der Fraktion der CDU habe Uneinigkeit geherrscht, wer Gesprächspartner der VhV sein sollte (finanzpolitischer oder rechtspolitischer Sprecher?), weshalb es letztlich zu keinem Gespräch mit Vertretern der CDU-Landtagsfraktion gekommen sei. Der Darmstädter FDP-Politiker Leif Blum habe ein Gespräch verweigert mit der Begründung, es sei erst die Entscheidung des Ministers abzuwarten. Hingegen hätten Vertreter der kommunalen Spitzenverbände ihre Unterstützung hinsichtlich des Erhaltes der erstinstanzlichen Verwaltungsgerichte an fünf Standorten zugesagt.

Die Zielvereinbarung sei schließlich im Juni 2010 nach erheblichen Änderungen, die auf den Bezirksrichterrat zurückgingen, abgeschlossen worden. Der installierte KuK-Beirat diene der Begleitung der Umsetzung und Besprechung von Problemfällen. Er sei bisher einmal einberufen worden. In einer persönlichen Anmerkung bringt die Vorsitzende zum Ausdruck, dass es im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der Zielvereinbarung z.T. zu äußerst unkollegialen, bisweilen sogar verletzenden Reaktionen von Richterkollegen ihr gegenüber gekommen sei und verweist beispielhaft auf einen einschlägigen Beitrag in einem der Hefte der Neuen Richtervereinigung.

Es folgen einige kritische Anmerkungen zur Bemerkung des Justizministers, es sei nie beabsichtigt gewesen, ein VG zu schließen. Der Vorstand der VhV habe dies gegenüber dem StS beanstandet und diesen gebeten, den Minister entsprechend zu informieren und zu beeinflussen. Dennoch habe der Minister auch bei der Amtswechselfeier in Kassel ausgeführt, er könne sich nicht erklären, aus welcher Ecke das Gerücht stamme, er habe ein Verwaltungsgericht schließen wollen.

Die Vorsitzende berichtet sodann über ihre Teilnahme an der Mitgliederversammlung des BDVR und bedauert, dass im Vorstand des BDVR keine Frauen tätig seien. Sie habe sich daher spontan zu einer Kandidatur entschlossen, um bei den Kolleginnen und Kollegen ein entsprechendes Problembewusstsein zu entwickeln. Sie habe allerdings ihre Kandidatur wegen des freundschaftlichen Umgangs im Vorstand nicht aufrechterhalten. Daher müsse bei der nächsten Vorstandswahl die Kandidatur auch von Frauen verstärkt ins Auge gefasst werden.

Perspektivisch macht die Vorsitzende deutlich, dass es das Ziel der VhV sein müsse, ihre Attraktivität (gemeint: die der VhV) zu steigern. Es sei eine Studienfahrt zum Internationalen Seegerichtshof in Hamburg geplant sowie eine öffentliche Veranstaltung mit Richtern am EuGH.

Abschließend dankt die Vorsitzende dem Kollegen Spieß, der krankheitsbedingt an der Versammlung leider nicht teilnehmen kann, uns aber Grüße übermitteln lässt, mit einem Weinpräsent für seine Arbeit im Vorstand der VhV.